



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Andreas Jurca AfD**
vom 05.11.2025

Verfahrensstandards und Verhältnismäßigkeit bei der Einleitung steuerstrafrechtlicher Verfahren durch bayerische Finanzämter – Vergleich der Praxis am Beispiel des Finanzamts Augsburg-Stadt

Zur Sicherstellung bürgerfreundlicher und verhältnismäßiger Verwaltungspraxis in der bayerischen Steuerverwaltung bitte ich die Staatsregierung um Auskunft über interne Abläufe, Prüfschritte und Vergleichsdaten im Zusammenhang mit der Einleitung steuerstrafrechtlicher Verfahren. Als Referenz dient beispielhaft das Finanzamt Augsburg-Stadt, um Unterschiede oder Gemeinsamkeiten zur landesweiten Praxis zu ermitteln.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Richtlinien und Vorgaben 4
 - 1.1 Welche allgemeinen Richtlinien, Dienstanweisungen oder internen Leitfäden regeln die Voraussetzungen für die Einleitung eines Steuerstraßverfahrens nach § 397 Abgabenordnung (AO) in den bayerischen Finanzämtern? 4
 - 1.2 Unterscheiden sich diese Vorgaben in der praktischen Anwendung zwischen den Finanzämtern, insbesondere zwischen dem Finanzamt Augsburg-Stadt und anderen größeren Finanzämtern in Bayern? 4
 - 1.3 Wie und in welchen Abständen wird die Einhaltung dieser Vorgaben überprüft? 4
2. Vorabklärung mit Steuerpflichtigen oder Steuerberatern 5
 - 2.1 In welchen Fällen ist eine vorherige formlose Kontaktaufnahme mit dem Steuerpflichtigen oder dessen Steuerberater vorgesehen, bevor ein Strafverfahren eingeleitet wird? 5
 - 2.2 Gibt es interne Schwellen oder Kriterien (z. B. Betrag, Verdachtsstärke, Verfahrensart), ab denen eine solche Vorabklärung entfallen kann? 5
 - 2.3 Wie oft wurde in den Jahren 2022–2024 in Bayern bzw. beim Finanzamt Augsburg-Stadt eine solche Vorabklärung dokumentiert? 5

3.	Fehlerkorrekturen und Verhältnismäßigkeit	5
3.1	Welche internen Schritte sind vorgesehen, wenn nach Einleitung eines Verfahrens formale Fehler (z. B. falsche Bezeichnung, unzutreffende Empfänger) festgestellt werden?	5
3.2	Wie viele Fälle solcher Korrekturen wurden in den letzten drei Jahren landesweit und beim Finanzamt Augsburg-Stadt registriert?	5
3.3	Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Wiederholungen solcher formalen Fehler zu vermeiden?	5
4.	Dienstaufsichtliche Kontrolle	6
4.1	Welche Möglichkeiten bestehen für Bürger, eine dienstaufsichtliche Prüfung des Verwaltungshandelns eines Finanzamts (z. B. bei unklarer Kommunikation oder möglicher Unverhältnismäßigkeit) anzustoßen?	6
4.2	Wie viele Dienstaufsichtsbeschwerden gingen in den Jahren 2022–2024 bei den bayerischen Finanzämtern insgesamt ein und wie viele davon betrafen das Finanzamt Augsburg-Stadt?	6
4.3	Welche typischen Ergebnisse (z. B. Bestätigung, Abhilfe, Hinweis) haben diese Beschwerden?	6
5.	Interne Statistik und Auswertung	6
5.1	Wie viele Steuerstraßverfahren nach § 397 AO wurden in den Jahren 2022–2024 landesweit und beim Finanzamt Augsburg-Stadt eingeleitet?	6
5.2	In wie vielen dieser Fälle erfolgte eine nachträgliche Einstellung des Verfahrens mangels Tatverdacht?	6
5.3	Wie hoch ist der prozentuale Anteil solcher Einstellungen im Vergleich zwischen Augsburg-Stadt und dem bayernweiten Durchschnitt?	7
6.	Kommunikation und Transparenz	7
6.1	Welche Regelungen bestehen, um Betroffene über den Stand des Verfahrens, die zugrunde liegenden Verdachtsmomente und die Möglichkeit zur Stellungnahme zu informieren?	7
6.2	Werden hierzu einheitliche Textvorlagen oder individuell formulierte Schreiben verwendet?	7
6.3	Wie wird die Qualität und Einheitlichkeit dieser Kommunikation überprüft?	7
7.	Interne Schulungen und Sensibilisierung	7
7.1	In welcher Form werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bußgeld- und Strafsachenstellen in den Themen Bürgerorientierung, Verhältnismäßigkeit und Kommunikation geschult?	7
7.3	Ist vorgesehen, die Thematik „Verhältnismäßigkeit vor Verfahrenseinleitung“ künftig stärker in Fortbildungen zu verankern?	7

7.2	Welche Schulungsmaßnahmen fanden in den letzten drei Jahren statt (Thema, Teilnehmerzahl, Ort)?	8
8.	Überprüfung einzelner Verfahrensabläufe	8
8.1	Beabsichtigt die Staatsregierung, Einzelfälle, in denen eine auffällig direkte Einleitung eines Steuerstraßverfahrens ohne vorherige Klärung erfolgt sein könnte, stichprobenartig zu überprüfen?	8
8.2	Welche Kriterien oder Verdachtsmomente würden eine solche Überprüfung auslösen?	8
8.3	Wie wird sichergestellt, dass solche Prüfungen nicht nur auf Antrag, sondern auch proaktiv erfolgen?	8
	Hinweise des Landtagsamts	9

Antwort

des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat
vom 28.11.2025

Vorbemerkung:

Die Schriftliche Anfrage adressiert unter anderem Fragen zu verschiedenen finanzamtsspezifischen Werten einzelner Finanzämter. Die jeweiligen finanzamtsspezifischen Werte werden von einer Vielzahl an verschiedenen Faktoren, insbesondere von den jeweiligen lokalen Verhältnissen, maßgeblich beeinflusst und sind somit für den Einzelfall von den zum betreffenden Zeitpunkt gegebenen Rahmenbedingungen abhängig.

Es wird um Verständnis gebeten, dass zum einen angesichts dessen eine Aufschlüsselung der Ergebnisse auf einzelne Finanzämter nicht erfolgen kann.

Zum anderen können aus Daten eines einzelnen Finanzamts keine aussagekräftigen Rückschlüsse auf die möglichen Ursachen für etwaige Entwicklungen gezogen werden. Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat steht gegenüber seinem nachgeordneten Dienstbereich und insbesondere gegenüber den dort Beschäftigten aus Gründen der Objektivität sowie der Fürsorge in der Pflicht, allen möglichen Fehlinterpretationen oder Pauschalurteilen vorzubeugen.

Sofern zu den erbetenen Werten Daten vorliegen, wird stattdessen jeweils der bayrische Durchschnittswert dargestellt. Dieser lässt den entscheidenden Gesamteindruck klar erkennen.

1. Richtlinien und Vorgaben

1.1 Welche allgemeinen Richtlinien, Dienstanweisungen oder internen Leitfäden regeln die Voraussetzungen für die Einleitung eines Strafverfahrens nach § 397 Abgabenordnung (AO) in den bayerischen Finanzämtern?

Für die Einleitung eines Strafverfahrens nach § 397 Abgabenordnung (AO) maßgeblich sind die Vorschriften der Strafprozessordnung (StPO) und der Abgabenordnung (insbesondere § 397 AO unmittelbar) sowie die bundeseinheitlichen Anweisungen für das Straf- und Bußgeldverfahren – AStBV (St).

1.2 Unterscheiden sich diese Vorgaben in der praktischen Anwendung zwischen den Finanzämtern, insbesondere zwischen dem Finanzamt Augsburg-Stadt und anderen größeren Finanzämtern in Bayern?

Nein.

1.3 Wie und in welchen Abständen wird die Einhaltung dieser Vorgaben überprüft?

Die Einhaltung der Vorgaben wird fortlaufend durch die Sachgebietsleitungen der Bußgeld- und Strafsachenstellen im Rahmen ihrer Aufsicht kontrolliert. Darüber hinaus erfolgt auch eine richterliche Kontrolle, entweder bei der Beantragung eines Durchsuchungsbeschlusses, eines Strafbefehls oder bei der Eröffnung des Hauptverfahrens.

2. Vorabklärung mit Steuerpflichtigen oder Steuerberatern

- 2.1 In welchen Fällen ist eine vorherige formlose Kontaktaufnahme mit dem Steuerpflichtigen oder dessen Steuerberater vorgesehen, bevor ein Strafverfahren eingeleitet wird?**
- 2.2 Gibt es interne Schwellen oder Kriterien (z. B. Betrag, Verdachtsstärke, Verfahrensart), ab denen eine solche Vorabklärung entfallen kann?**
- 2.3 Wie oft wurde in den Jahren 2022–2024 in Bayern bzw. beim Finanzamt Augsburg-Stadt eine solche Vorabklärung dokumentiert?**

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 2.1 bis 2.3 gemeinsam beantwortet.

Sobald zureichende Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat vorliegen (Anfangsverdacht), ist nach geltender Rechtslage zwingend und unverzüglich ein Strafverfahren einzuleiten. Eine formlose Kontaktaufnahme vor Einleitung des Strafverfahrens, obwohl bereits ein Anfangsverdacht besteht, verbietet sich. Die Einleitung des Strafverfahrens dient auch dem Schutz der beschuldigten Person, da diese ab diesem Zeitpunkt besondere Rechte hat.

3. Fehlerkorrekturen und Verhältnismäßigkeit

- 3.1 Welche internen Schritte sind vorgesehen, wenn nach Einleitung eines Verfahrens formale Fehler (z. B. falsche Bezeichnung, unzutreffende Empfänger) festgestellt werden?**

Da es sich bei Steuerstrafverfahren um individuelle Einzelfälle handelt, sind schematische interne Schritte nicht angezeigt. Jedoch werden im Arbeitsprozess aufgetretene formale Fehler richtiggestellt und je nach verfahrensrechtlicher Möglichkeit geheilt.

- 3.2 Wie viele Fälle solcher Korrekturen wurden in den letzten drei Jahren landesweit und beim Finanzamt Augsburg-Stadt registriert?**

Dazu werden keine statistischen Aufzeichnungen geführt.

- 3.3 Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Wiederholungen solcher formalen Fehler zu vermeiden?**

Die Wiederholung von formalen Fehlern kann durch die Aufsicht der Sachgebietsleitungen im Regelfall vermieden werden.

4. Dienstaufsichtliche Kontrolle

4.1 Welche Möglichkeiten bestehen für Bürger, eine dienstaufsichtliche Prüfung des Verwaltungshandelns eines Finanzamts (z. B. bei unklarer Kommunikation oder möglicher Unverhältnismäßigkeit) anzustoßen?

Hierzu besteht die Möglichkeit, eine Dienstaufsichtsbeschwerde einzureichen.

4.2 Wie viele Dienstaufsichtsbeschwerden gingen in den Jahren 2022–2024 bei den bayerischen Finanzämtern insgesamt ein und wie viele davon betrafen das Finanzamt Augsburg-Stadt?

Dazu werden keine statistischen Aufzeichnungen geführt.

4.3 Welche typischen Ergebnisse (z. B. Bestätigung, Abhilfe, Hinweis) haben diese Beschwerden?

Berechtigten Dienstaufsichtsbeschwerden wird abgeholfen. Dienstaufsichtsbeschwerden, die in der Sache unbegründet sind, führen nicht zu einer Änderung der getroffenen Entscheidung.

5. Interne Statistik und Auswertung

5.1 Wie viele Steuerstraßverfahren nach § 397 AO wurden in den Jahren 2022–2024 landesweit und beim Finanzamt Augsburg-Stadt eingeleitet?

In dem in Rede stehenden Zeitraum wurden landesweit 6 114 (Jahr 2022), 6 245 (Jahr 2023) und 5 969 (Jahr 2024) Steuerstraßverfahren nach § 397 AO eingeleitet. Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

5.2 In wie vielen dieser Fälle erfolgte eine nachträgliche Einstellung des Verfahrens mangels Tatverdacht?

	2022	2023	2024
Einstellungen nach § 170 Abs. 2 StPO ¹	1 702	1 896	1 935
Davon Einstellungen wegen Überleitung in ein Bußgeldverfahren	109	104	86

In den Einstellungszahlen nach § 170 Abs. 2 StPO sind auch Einstellungen wegen Eintritt der strafrechtlichen Verjährung und Tod der beschuldigten Person enthalten.

Ergibt sich der Anfangsverdacht einer verfolgbaren Steuerstraftat, so ist zwingend ein Strafverfahren einzuleiten, um der beschuldigten Person die im Strafverfahren geltenden Schutzrechte zu gewähren (wie z. B. das Recht, sich nicht zur Sache einzulassen). Aus dem Umstand, dass ein zunächst eingeleitetes Steuerstraßverfahren später aufgrund besserer Erkenntnisse wieder eingestellt wird, kann daher nicht auf ein pflichtwidriges Verhalten eines Finanzamts geschlossen werden.

¹ Ohne Einstellungen wegen strafbefreiend wirksamer Selbstanzeigen nach § 170 Abs. 2 i. V. m. § 371 AO.

5.3 Wie hoch ist der prozentuale Anteil solcher Einstellungen im Vergleich zwischen Augsburg-Stadt und dem bayernweiten Durchschnitt?

Der Anteil der Verfahrenseinstellungen nach § 170 Abs. 2 StPO² im Verhältnis zu sämtlichen Verfahrenserledigungen im jeweiligen Jahr beläuft sich landesweit auf 28 Prozent (Jahr 2022), 30 Prozent (Jahr 2023) und 29 Prozent (Jahr 2024). Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

6. Kommunikation und Transparenz

6.1 Welche Regelungen bestehen, um Betroffene über den Stand des Verfahrens, die zugrunde liegenden Verdachtsmomente und die Möglichkeit zur Stellungnahme zu informieren?

In der Strafprozessordnung (StPO) sind neben dem Anspruch auf rechtliches Gehör (§§ 136, 163a StPO) das Recht auf Akteneinsicht (§ 147 StPO) und das Recht auf Be-weisanträge (§ 244 StPO) geregelt.

6.2 Werden hierzu einheitliche Textvorlagen oder individuell formulierte Schreiben verwendet?

Zur Mitteilung des Verfahrensstands und der zugrunde liegenden Sachverhalte werden keine einheitlichen Textvorlagen bereitgestellt, da dies stets einzelfallabhängig ist. Die von den Finanzämtern zu verwendenden Vorlagen enthalten jedoch dann standardisierte Ausführungen, wenn diese regelmäßig und über den Einzelfall hinaus zutreffen. Hierzu zählen z. B. Ausführungen dahin gehend, dass es der beschuldigten Person freisteht, sich zu den Beschuldigungen zu äußern und zu ihrer Entlastung Be-weiserhebungen zu beantragen.

6.3 Wie wird die Qualität und Einheitlichkeit dieser Kommunikation überprüft?

Diese Kommunikation wird Gegenstand der Ermittlungsakte und wird damit bei Eröffnung des Hauptverfahrens durch den Richter, ansonsten durch die Sachgebietsleitungen der Bußgeld- und Strafsachenstellen im Rahmen der Dienstaufsicht kontrolliert.

7. Interne Schulungen und Sensibilisierung

7.1 In welcher Form werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bußgeld- und Strafsachenstellen in den Themen Bürgerorientierung, Verhältnismäßigkeit und Kommunikation geschult?

7.3 Ist vorgesehen, die Thematik „Verhältnismäßigkeit vor Verfahrenseinleitung“ künftig stärker in Fortbildungen zu verankern?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 7.1 und 7.3 gemeinsam beantwortet.

2 Ohne Einstellungen wegen strafbefreiend wirksamer Selbstanzeigen nach § 170 Abs. 2 i. V. m. § 371 AO.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bußgeld- und Strafsachenstellen erhalten im Rahmen der Aus- und Fortbildung umfassende Schulungen im Bereich Bürgerorientierung und Kommunikation.

7.2 Welche Schulungsmaßnahmen fanden in den letzten drei Jahren statt (Thema, Teilnehmerzahl, Ort)?

Schulungsmaßnahmen werden durch mehrere Ausrichter organisiert und durchgeführt. Jede Schulungsmaßnahme wird gesondert abgewickelt, Sammelaufzeichnungen dazu werden nicht geführt.

8. Überprüfung einzelner Verfahrensabläufe

8.1 Beabsichtigt die Staatsregierung, Einzelfälle, in denen eine auffällig direkte Einleitung eines Steuerstraßverfahrens ohne vorherige Klärung erfolgt sein könnte, stichprobenartig zu überprüfen?

8.2 Welche Kriterien oder Verdachtsmomente würden eine solche Überprüfung auslösen?

8.3 Wie wird sichergestellt, dass solche Prüfungen nicht nur auf Antrag, sondern auch proaktiv erfolgen?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 8.1 bis 8.3 gemeinsam beantwortet.

Die Einleitung eines Steuerstraßverfahrens und die Durchführung strafprozessualer Maßnahmen folgt den gesetzlichen Vorschriften des Strafgesetzbuches, der Strafprozess- und Abgabenordnung sowie den bundeseinheitlichen AStBV (St). Sobald ausreichende Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat vorliegen (Anfangsverdacht), ist demnach zwingend und unverzüglich – auch zum Schutz des Verdächtigen (u. a. Auskunftsverweigerungsrechte) – ein Strafverfahren einzuleiten (vgl. Antwort auf die Fragen 2.1 und 2.2). Hinsichtlich der Prüfmechanismen wird auf die Antwort zur Frage 1.3 verwiesen.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.